

S-26

Titel	Für ein wissenschaftliches Gesundheitssystem		
AntragstellerInnen	Tübingen		
Zur Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion	SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion,	SPD- SPD-
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	

Für ein wissenschaftliches Gesundheitssystem

- 1 Zunehmend grassiert in westlichen Gesellschaften eine Skepsis gegenüber wissenschaftlichen Erkenntnissen
2 und Methoden. Eines der bekanntesten Symptome dieser Skepsis ist die Homöopathie, ein boomendes Ge-
3 schäft mit jährlichen Umsatzsummen im mittleren dreistelligen Millionenbereich und stark steigender Nach-
4 frage. Kosten für homöopathische Arzneien werden von fast allen Krankenkassen übernommen und das ob-
5 wohl für sie keine wissenschaftlichen Belege einer Wirksamkeit existieren. Wir bekennen uns zu einem Welt-
6 bild, das auf Rationalität und Fakten beruht. Deshalb lehnen wir Homöopathie als eine Einstiegsdroge in ein ge-
7 fährliches, anti-wissenschaftliches Weltbild ab. Zu lange hat die Politik es hingenommen, dass große (Pharma-
8)Konzerne sich unter dem Label der "Alternativmedizin" bereichern, indem bloße Zuckerlösungen zu enormen
9 Preisen verkauft werden.
- 10 Darum fordern wir:
- 11 • Ein Verbot der Finanzierung von homöopathischen Heilmitteln durch gesetzliche Krankenkassen. Wir
12 erkennen an, dass alle Menschen die Freiheit haben, ihre medizinische Behandlung frei zu wählen, al-
13 lerdings lehnen wir es ab, dass die Solidargemeinschaft für Arzneien ohne jedwede erwiesene Wirkung
14 finanziell aufkommen sollte. Wer sich homöopathisch behandeln lassen will, der oder die kann dies
15 aus eigener Tasche tun, insbesondere, da homöopathische Arzneien im Schnitt deutlich teurer sind als
16 richtige Medikamente.
 - 17 • Eine gesetzliche Regelung, damit homöopathische Heilmittel mit einem Warnhinweis versehen werden
18 müssen, der deutlich macht, dass die Wirkung dieser Mittel nicht wissenschaftlich belegt ist. Wir akzep-
19 tieren, dass Menschen sich freiwillig für eine homöopathische Behandlung entscheiden, aber wir wollen
20 Sicherheitsmaßnahmen ergreifen, damit Menschen nicht aus Unkenntnis zu unwirksamen Präparaten
21 greifen.
 - 22 • Dass Politikerinnen und Politiker der SPD von der Unterstützung von homöopathischen Kongressen
23 und Vereinen sowie der Übernahme von Schirmherrschaften für solche absehen. Das jüngste größere
24 Beispiel hierfür ist die Übernahme der Schirmherrschaft der 165. Jahrestagung des Deutschen Zentral-
25 vereins homöopathischer Ärzte im Mai 2016 durch Eva Quante-Brandt, Senatorin für Wissenschaft, Ge-
26 sundheit und Verbraucherschutz der Freien Hansestadt Bremen. Wir halten es für unverantwortlich,
27 dass sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zum Aushängeschild der Homöopathie-Lobby
28 machen.
- 29 Neben der Homöopathie sind Heilpraktiker ein weiteres zunehmendes Symptom der Ablehnung von evidenz-
30 basierter Medizin. Auch hier akzeptieren wir, dass jeder Mensch sich frei entscheiden kann, welche Thera-
31 pieform er oder sie in Anspruch nehmen möchte. Allerdings vertreten wir auch die Ansicht, dass auch hier
32 dringender politischer Handlungsbedarf besteht.
- 33 Darum fordern wir:

- 34 • Das Verbot aller Möglichkeiten eine freiwillige Zusatzversicherung zur Abdeckung von Heilpraktikerleis-
35 tungen bei gesetzlichen Krankenversicherungen abzuschließen.
- 36 • Eine Reform der Ausbildung von Heilpraktikern, zunächst in Baden-Württemberg, dann im gesamten
37 Bundesgebiet, mit dem Ziel diese zu vereinheitlichen und zu standardisieren. Die bisherige Praxis, dass
38 rechtlich nur eine Erlaubnis zur Ausübung der Heilkunde durch das zuständige Gesundheitsamt vor-
39 handen sein muss, lehnen wir entschieden ab.
- 40 • Dass Heilpraktiker gesetzlich verpflichtet werden, vor jeder Sitzung auf die mangelnde fachärztliche
41 Kompetenz hinzuweisen.
- 42 • Dass das Heilpraktikergesetz dahingehend geändert wird, dass die Haftung bei entstehendem Scha-
43 den, der durch das Abraten der Inanspruchnahme ärztlicher Beratung und Behandlung oder durch
44 fehlerhafte heilpraktische Behandlung zugefügt wird, stets bei den HeilpraktikerInnen liegt.
- 45 Ein weiterer bekannter Auswuchs anti-wissenschaftlicher Tendenzen in der Bevölkerung ist die zunehmende
46 Impfgegnerschaft. Wir erachten Impfen als eines der wichtigsten Instrumente zum Schutz der Bevölkerung
47 vor Krankheiten, ein Schutz, der durch die zunehmende Ablehnung von Impfungen durch Eltern gefährdet ist.
48 Welche Konsequenzen die Impfverweigerung hat, wurde 2015 bei einem Masernausbruch in Berlin deutlich,
49 als 1344 Menschen erkrankten und ein Kind starb. Wir unterstreichen daher unsere Forderung nach einer
50 Impfpflicht für alle von der Ständigen Impfkommission empfohlenen Schutzimpfungen für Krankheiten, die
51 zu einer epidemischen Verbreitung führen könnten sowie die Forderung nach einer Kostenübernahme aller
52 medizinisch notwendigen Impfungen. Von der Impfpflicht ausgenommen sind nicht-impffähige Personen (z.B.
53 Schwangere).